

Wohlbewerbe noch vollbeschäftigt ist, ist es im Handelsgewerbe die Zahl der Arbeitslosen. Im Maschinenbau ist die Beschäftigungsmöglichkeit nach. Im Kaufmännischen Gewerbe herrscht noch lebhafte Nachfrage nach Schreiner- und Steuerbediensteten. Im Handelsgewerbe beständige sind die Nachfrage wie üblich auf Stenotypistinnen und längere Buchhalter und Handlungsbüros. Die Vermittlung für Nachschlagsbüros vollzieht sich lebhaft. Handangestellte können nicht genügend gestellt werden. Mangel besteht an jungen Arbeits- und Kaufmädchen. Im Gewerbebetrieb geht die Anforderung an Arbeitskräfte weiter nach. Die Zahl der ungelieerten Arbeiter und Arbeiterinnen ist im Steigen begriffen. Die gemeldeten offenen Stellen sind in der Überzahl kurzfristige Ausbillen.

Seithain. Heute Donnerstag, 24. November, abends 14.30 Uhr findet in der Schule öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Blauen. Am Abendklostertag stellte sich ein Maurer vor hier, der wegen Rücksichtslosigkeit eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten zu verbüßen hatte, am Montag früh um 5 Uhr vor den hiesigen Gefangenenausschuss auf Strafverfügung. Er durfte, da er nicht vorchristlich belebt war, nicht angenommen werden. Die Polizei auf dem Amtshaus nahm sich seines und hielt ihn so lange fest, bis seine Frau, die er, wie er angab, nach einem Streit aus Mut Spätternacht verlassen hatte, ihm Hemd, Hose und Jacke gebracht hatte. Um 9 Uhr konnte er sich im Amtsgericht melden, und er wurde dann auch der Gefangenenanstalt zur Verbüßung seiner Strafe übergeben. Gestalter hat sich der Mann seiner Angabe nach nicht.

Wurzen. Bei Gutsbesitzer Karl Michael in Roitzsch hat eine Gang am Freitag 10. Oktober aufgetreten, wodurch ein Wirt auf die Nachzeit ganz außergewöhnlich sein dürfte. Die Gang hat in diesem Jahre dreimal geblieben.

Wurzen. Aus welchen schwierigen Umwegen man mitunter heutzutage nach einer Wohnung jagen muss, zeigt folgender Fall, der sich in Wurzen ereignet hat: Ein Nöthnitzer Bürger arbeitet in Wurzen und möchte gern in einer Wohnungstaufe eingehen. Nach vieler Mühe ist es gelungen, dass ihm endlich eine Wohnung infolge Taufe eingerichtet wird. Der Wurzener Bürger zieht nach Gera, der Geraer nach Hamburg, der Hamburger nach Berlin, der Berliner nach Dresden, der Dresdner nach Blauen i. B., der Blauener nach Leipzig, der Leipziger nach Nürnberg und nun endlich kann der Nöthnitzer in Wurzen seinen ständigen Wohnsitz haben.

Borstandssitzung des Sächsischen Gemeindetages.

Aus der großen Zahl der am 19. November im Neuen Rathaus zu Dresden behandelten Fragen sei folgendes hervorgehoben: Bei dem Sächsischen Gemeindetag ist angezeigt worden, die Übernahme der Nahrungsmittel-Ueberwachung auf das Fleisch und gleichzeitig eine gründliche Rendierung des gesamten Verbrauchs der Nahrungsmittel-Ueberwachung zu beantragen und zwar dahingehend, dass die Prüfung unterliegenden Nahrungsmittel durch Reichsorgane beim Hersteller untersucht werden, wodurch die wiederholten Untersuchungen in den einzelnen Verbrauchergebieten überflüssig würden. Die Erörterung habe gelebt, dass es verhältnismäßig sehr selten vorkommt, dass Kleinhändler Nahrungsmittelabführungen begeben. Eine von einem großstädtischen chemischen Unternehmens beigesetzte Auskunft hat jedoch ergeben, dass eine Einschränkung der Kontrolle der Nahrungsmittel vor allem auf dem Lande den schwersten Bedenken begegneten würde und dass die Tatsache der durch Untersuchung festgestellten verhältnismäßig wenige zahlreichen Fällungen keinesfalls ein Grund für die Befestigung des gegenwärtigen Zustandes sein kann, da ja die Nahrungsmittelkontrolle vorwiegend dafür sorgen soll, dass keine gefälschten Waren in den Handel kommen und dabei bei richtiger Ausübung als umso wertvoller zu bezeichnen sei, je weniger Behandlungen sie ausprägt. Angesichts dieser ungeklärten Zustände soll ein Ausdruck zur grundsätzlichen Prüfung der Angelegenheit eingeleitet werden, in den die Vorstände einiger örtlicher Untersuchungsämter und einige Verwaltungsbeamte gewählt werden.

Eine eingehende Aussprache veranlasst ferner die Frage der den Gemeinden durch die neuen Beamteneinführungserhöhungen entstehenden Wehranwendungen. Beimängelt werden vor allem die ungünstigen Erklärungen des Reichsfinanzministers. Da die Gemeinden schlechterdings außerlande sind, die gewaltigen Wehrausgaben selbst zu tragen, soll das Finanzministerium, mit dem bereits durch den Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindetages vorberatende Verhandlungen stattgefunden haben, erlaubt werden, den Gemeinden ihren Bedarf sofort vorzuherrschen zur Verfügung zu stellen, während für die endgültige Deckung der weiteren Schritte des Deutschen Städtedages im Zusammenwirken mit dem Sächsischen Gemeindetag abgewartet werden sollen.

Hinsichtlich der Verwaltung der neuen sächsischen Gewerbesteuern hat der Sächsische Gemeindetag von jeher den Standpunkt eingenommen, dass die Verwaltung der neuen Gewerbesteuern, ebenso wie der neuen sächsischen Grundsteuer gründlich den Gemeindesteuerbehörden zu übertragen sei. Das Reichsfinanzministerium hat keinen ursprünglichen Widerstand gegenfallen lassen. Vom Vorstand des Sächsischen Gemeindetages wird die Übernahme der Verwaltung der Gewerbesteuern mindestens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem eine reibungslose Verwaltung und Gloriebildung durch die staatlichen Finanzämter gewährleistet erreichbar, durch die Gemeinden als unabdingt erstrebenswert erachtet. Für die kleineren Gemeinden sollen für die Verwaltung dieser Steuer die für die neue Grundsteuer geschaffenen Einrichtungen (Grundsteuerbezirk) mit verwendet werden. Mit besonderem Nachdruck wird ferner die Notwendigkeit betont, den Gemeinden für die Übernahme dieser Verwaltungstätigkeit eine angemessene Gebühr – mindestens 4 Proz. – zu bewilligen. Endlich müssen die Gemeinden ermächtigt sein, den auf sie entfallenden Anteil an der Gewerbesteuer zurückzuhalten, also nicht erst an die staatliche Finanzaufgabe abzuführen.

Nach der zwingenden Vorschrift in § 20 der Vergrößerungssteuerbestimmungen des Reichsrates – RGBl. 1921 S. 858 – dürfen „kunstlerisch hochstehende“ Veranstaltungen, deren Geschäfts- und Kostenführung den Anforderungen üblicher Weise getreu werden, nur an einer Steuer von 10% des Bruttoertrages herangezogen werden. Darüber, ob diese Voraussetzungen vorliegen, soll die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Behörde entscheiden. Da bei den verschiedenen Aufsichtsbehörden verschiedene Ansichten darüber bestehen können, ob eine Veranstaltung als „kunstlerisch hochstehend“ oder nicht anzusehen ist, ist das Ministerium des Innern gebeten worden, die Vertreter der Kreisbaupräsidenten, der großen Städte und der beteiligten Vertragsgruppen, insbesondere der Konzertdirektionen zusammen mit dem Sächsischen Gemeindetag zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzuberufen. Das Ministerium des Innern hat bereits eine solche Besprechung in Aussicht gestellt.

Der Verband der sächsischen Polizeibeamten ist beim Ministerium des Innern wegen der Einführung des Uniformzwanges für die sächsischen Gemeindeteilbeamten vorstellig geworden unter Hinweis darauf, dass der bisherige Zustand zu Angst in seinen Mitgliederkreisen geführt hat. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages spricht hier nach eingehender Aussprache dahin aus, dass mit Rücksicht auf die verschiedenen örtlichen Verhältnisse in den

einselnen Gemeinden die Bearbung der Uniformfrage für die Gemeindeteilbeamten auch in Zukunft den Gemeinden selbst zu überlassen sei.

An dem dem Landtag vorstellig vorliegenden Staatshaushaltssatz für das kommende Rechnungsjahr ist die Bekämpfung der Polizeikosten, die durch die Übernahme der Sicherheits- und Kriminalpolizei auf den Staat entfallen, durch die Geweinen mit vorzusehen. Danach soll vom 8. April 1922 ab die Sicherheitspolizei in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau und Altan auf den Staat übergehen. Als Beitrag dieser Städte kommt ein Gemeinkreis von 47 869 970 Mark jährlich in Frage. Die Städte sollen „des Aufwandes erfüllen, Zwickau und Altan“. Der nicht gebotene Aufwand des Staates für die Sicherheitspolizei, der Aufwand des Staates für die Kriminalpolizei, außerdem der Aufwand für die zentrale Verwaltung der beiden Polizeien sind vom Beginn des Rechnungsjahrs 1922 an durch eine entsprechende Rendierung der Verteilung der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer an Kosten der Gemeinden zum Ausgleich zu bringen. – Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages beschließt, beim Ministerium und beim Landtag gegen diese Regelung Einspruch zu erheben.

11. ordentl. evangelisch-lutherische Landesynode.

Es waren in der Haupthalle wichtige Finanzfragen, welche die Synode in ihrer 31. Sitzung am 23. November beschäftigten. Einen Antrag des Finanzausschusses auf diese wird zunächst einstimmig beschlossen; dass en-luth. Landeskonsistorium zu erlauben, die Befolzung der Geistlichen entsprechend der Aufbesserung der Dienstleistungen der Staatsbeamten und Lehrern sozial als nur möglich neu zu ordnen und darauf hinzuwirken, dass auch die Befolzung der Geistlichen und Kirchenbeamten im Ruhestand und diejenigen ihrer Hinterbliebenen entsprechend erhöht und erweitert ausgesetzt werden. Sie ermächtigt das Kirchenregiment, die etwa der Mitwirkung der gelegenden Faktoren der Landeskirche bedürfenden Maßnahmen in dieser Richtung seinerseits vorläufig zu treffen.

Weiter wird ein Antrag Städte einstimmig angenommen, wonach die Synode ihren Finanzausschuss mit der Nachprüfung der Grundsätze für die neue Einführung der geistlichen Stellen und gegebenenfalls mit der Vorbereitung entsprechender Anträge zu deren Abänderung beauftragt. Hierauf nimmt die Synode zur Kirchensteuerfrage Stellung. Die Landeskirche ist zurzeit nicht in der Lage, die ihr auftreffenden Kirchensteuern für 1920 und 1921 zu erheben, weil die endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer noch nicht erfolgt ist. Da aber Mittel dringend gebraucht werden, beschließt die Synode einstimmig:

Gemäß § 15 Abs. 1 des Landeskirchenfondes vom 30. März 1920 sind die Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, zu denen auch ihre Unterverbände, die einzelnen Kirchengemeinden, gehören, berechtigt, Aufschlagn zu den Reichsteuern zu erheben, die an die Stelle der bisherigen Landeskirchensteuer getreten sind. Nach dem Geschehen über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften vom 1. Juli 1921 ist in Sachsen die Kirche auf die Erhebung von Aufschlagn zur Reichskörperstaatssteuer berechtigt. Die Erhebung von Aufschlagn zur Reichskörperstaatssteuer Reichseinkommensteuer der juristischen Personen) aus Grundsteuer und Grundwerbsteuer ist ihr dagegen verboten worden. Auf die Kirchensteuer ist bisher nur Anfang dieses Jahres ein vorläufiger Betrag in Abzug auf die für das Jahr 1920 zu veranlagenden Kirchensteuer eingehoben worden. Es steht also noch aus der Erhebung der endgültigen Kirchensteuersteuer auf das Rechnungsjahr 1920 und der vorläufigen Kirchensteuersteuer auf Jahr 1921. Deren Erhebung kann jedoch erst erfolgen, nachdem die endgültige Veranlagung zur Reichseinkommensteuer vor den Reichsfinanzämtern durchgeführt sein wird. Bis dahin wird aber immer noch genügend Zeit vergeben. Es wird deshalb den einzelnen Kirchengemeinden empfohlen, sich die bis dahin bringend benötigten Mittel dadurch zu verschaffen, dass sie solennelich an die einzelnen Kirchenpfarrer Kirchengemeindegliedern mit der Aufforderung herantreten, schon jetzt unerwartet der fiktiven Veranlagung zur Kirchensteuersteuer Abzöglingsbeträge auf die voransichtlich erst im Jahre 1922 zur Erhebung gelangenden endgültigen Kirchensteuersteuer auf das Rechnungsjahr 1920 und auf die vorläufige Kirchensteuersteuer auf das Rechnungsjahr 1921 an die Kirchengemeinde einzuzahlen. Voraussichtlich werden die Aufschlagn der Kirche mindestens 5% der Steuerbeträge der Reichseinkommensteuer betragen. Bei der Aufforderung wird ausdrücklich zu bemerken sein, dass die gezahlten Abzöglingsbeträge auf die künftig zu erhebenden Kirchensteuersteuer in Berechnung gebracht, oder, soweit dies technischen Schwierigkeiten begegnet, sollte, als von der Kirche bis Ende 1922 zurückzuerstattende und verzinsliche Darlehen angelehen werden sollen. In den Quittungen über die abzöglige gezahlten Steuerbeträge werden die Rechnungsjahre 1920 und 1921 scharf zu trennen sein.“

Ein Beschluss der Merseburger Konferenz in Leipzig, die Neuordnung der Entschädigung des Fortbildung in die Hilfsgemeinde betreffend, wird auf Antrag des Finanzausschusses dem Kirchenregiment als Material überwiesen, da eine Allgemeinregelung wegen der verschiedenartigen Verhältnisse unmöglich sei.

Die Befolzung der Kirchenmusikalischen Beamten bildet hierauf den weiteren Gegenstand der Verhandlungen. Dazu lag der Sonde ein Beschluss des Landeskonsistoriums der Kirchenmusikalischen Beamten vor und ein diesbezüglicher Antrag des Finanzausschusses. In der Beständigung des letzteren führt der Berichterstatter des Finanzausschusses Prof. Siegert-Gemini unter allgemeiner Zustimmung aus, dass die Synode für die Lage der Kirchenmusikalischen Beamten dasselebe Verständnis und dieselbe Fürsorge empfinde, wie für die Geistlichen und anderen Beamten. Die Kirchenmusikalischen Beamten im Hauptamt nehmen ohne Weiteres an der erfolgten Erhöhung der allgemeinen Beamtengehälter entsprechend teil.

Nach langerer eingehender Aussprache wird der Antrag des Finanzausschusses einstimmig angenommen. Daraus erkennst die Synode daran an, dass die große Mehrzahl der im Kirchenmusikalischen Dienste tätigen Lehrer trotz der Trennung des Schul- und Kirchendienstes unter den offiziell veränderten Verhältnissen ihrem Amte treu geblieben ist. Sie erwarten, dass die Gemeinden, auch wenn sie bereits anerkennenswerte Weise über die Mindestlänge der Befolzung hinausgegangen sind, gemäß den demnächst erlassenen Verordnung des Landeskonsistoriums eine weitgehende Erhöhung der Bezüge ihrer Kirchenmusikanten entsprechend der Gehaltserhöhung und dem Wert der kirchlichen Tätigkeit umgehend bewilligen. Sie erachtet das Kirchenregiment, die Befolzung dieser Kirchenmusikanten in Verbindung mit den übrigen rechtlichen Verhältnissen nach Gebot der Wünsche der Beteiligten baldmöglichst gleichgeschlecht zu regeln.

Eine von Synod. Vic. Stange-Leipzig und Genossen eingebrochene kleine Anfrage, nach welchen Grundlagen das Landeskonsistorium die Einführung der geistlichen Stellen auf Grund der Verordnung vom 28. September 1921 vor genommen habe, wurde von Geheimen Konsistorialrat Dr. Knauer folgendermaßen beantwortet: Die Einführung sei im Einvernehmen mit dem Synodalauftschuss auf Grund der Bedeutung des betreffenden Amtes nach der Verordnung vom 28. September 1921 – § 10 Abs. 2 – und nach der Verordnung vom 6. Oktober 1921 – § 11 Biff. 2 – erfolgt. Nur insofern sei davon eine Ausnahme gemacht,

als bei dem Aufstellen in eine neue Selbstbundesstaffe auch das Dienstalter mit berücksichtigt worden sei. Bei Kirchen mit mindestens 4 Geistlichen seien die zwei ersten Geistlichen in Gruppe 11 eingestuft. Hier könnte eine Versetzung eintreten, wenn sie genehmigt werde.

Damit hatte die diesmalige Tagung der Synode ihr Ende erreicht. Nach der Mitteilung des Synodalpräsidenten Dr. Seeh und die Arbeiten des Verfassungsausschusses sowie fortgesetzten, doch beim Abberatungsausschuss der Synode Mitte Januar 1922 das Ergebnis befolgen der Vollsitzung vorgelegt werden kann. Voraussetzung wird dann die neue Kirchenverfassung in einem Buge durchzuführen und zu Ende geführt werden.

Hierauf erklärt Präsident Dr. Höhne die Vollsitzung des Kirchenregiments für vertagt.

Sächsischer Landtag.

W. Dresden, 28. November.
Beginn der Sitzung 1 Uhr. Die Eröffnung wird fortgesetzt. Abg. Anders (D. Sp.): Das Mittwoch im Haushaltssatz sei durch die jüngste Zeit überholt worden und biete vielfach nicht mehr das richtige Bild. Es sei aber zu hoffen, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei die Steuerzahlung noch nie so nachlassig gehandhabt worden, wie jetzt. Abg. Müller-Leipzig (Lösch): wendet sich besonders gegen die gestrigste Rede des deutsch-nationalen Abg. Oberle, die er als eine Propaganda des Reichsministers sieht, dass nach dem endgültigen Befolzungssatz eine Zeit der Ruhe eintreten werde. Redner geht sodann auf einzelne Kapitel ein und behandelt besonders den Rückgang der Einnahmen aus dem Kapitel „Forsten“. Beider sei

wirtschaftlichen haben, werden wir nach dem sozialistischen Vereinigung des Unterrichts zu streben. Um für Ihre Aufgabe den nötigen Raum zu gewinnen, verabschiedet die Deutsche Oberschule auf den gleichzeitigen Unterricht von zwei Fremdsprachen. Sie hält aber an dem Erleben von zwei fremden Kulturen einen deutlichen Nutzen gewinnt und so in der Lage ist, das deutsche Schaffen in seinem engen Zusammenhang mit der Kulturarbeit anderer Völker richtig zu bewerten.

Wohlverstanden, dies ist die Aufgabe der Deutschen Oberschule nach der Stellungnahme des Sachsischen Philologenvereins.

Der Thron u. bringt nur ein französisches Pflichtjahr, übernimmt aus dem Seminarunterricht die als besonders wertvoll und auch für allgemeine bildende Lehre stellvertretend erachteten Bestandteile und beginnt seinen lehrbuchähnlichen Aufbau mit Saxon. Der Thron v. ist gedacht als ein Teil der Differenzierungen Einheitsküche. Auf den gemeinsamen lateinischen Unterbau. Saxon bis Quartal, der von den Reformanträgen her schon im Range bekannt ist, erfolgt nach einem zweijährigen Mittelbau mit gründlichem Lateinunterricht in Untersekunda die Ablösung. In den vier oberen Klassen verläuft nunmehr der Zug der Deutschen Oberschule neben einem humanistischen, einem neuvalentischen und einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweige, wobei es von örtlichen Bedürfnissen wirtschaftlichen Möglichkeiten und behördlicher Finanzwirtschaft abhängt, wieviel von den Jüngern nebeneinander zur Entwicklung gebracht werden, und ob eine von Unterricht an ein lateinloser Zug als Realschule weitergeführt wird. So wird den Eltern und den Schülern die Entscheidung über die Wahl der Bertheilung und notwendigen Vereinseinstellung des Ausbildungsganges insofern vereinfacht, als die Entscheidung fällt auf die Stufen der jugendlichen Entwicklung, wo die Stärken und Schwächen der Begehung hervortreten und einige Macht über den künftigen Bedeutungs möglich ist. Nachdem in den Texten Lateinunterricht eine grundliche Geschichtsbildung gegeben und für künftige gelehrt Studien die notwendige Grundlage geschaffen ist, wird in den vier obersten Klassen Deutsch das beherrschende Fach. Zudem steht als Pflichtfach bis Oberprima. Das in Saxon begonnene Französisch kann bis Oberprima laufen, aber von Obersekunda ab durch Englisch ersetzt werden. Die belben neuen Sprachen können auch in der Weise ausgetauscht werden, daß Englisch in Saxon beginnt und von Französisch in Obersekunda abgelöst wird. Beide und Kunstsprache und Kunstschule und Kunst laufen bis zum Abschluß als Pflichtfächer. Der deutsche Unterricht soll den Schülern zu einem solchen Grade der Herrschaft über die deutsche Sprache verhelfen, daß sie ihm auf allen Gebieten zentralisiertes Mittel zum Ausdruck seines seelischen Erlebens wird. Er soll ihm eine eingehende, wissenschaftlich begrundete Kenntnis des deutschen Sprachlebens vermitteln und soll ihm unter breiter Hinzugabe des deutschen Volk- und Altertumslunde, sowie unter bauender Verstärkung der Fäuste zu einer umfassenden und vertiefenden Kenntnis der deutschen Kultur führen. Der Unterricht in den Fremdsprachen hat neben der Literatur die übrige Kultur des betreffenden Volkes hinreichend zu berücksichtigen und die Beziehungen zur deutschen Sprache und Kultur festzustellen. Der Lateinunterricht ist darauf eingestellt, daß er zur historischen und philosophischen vertieften Kenntnis von der Entwicklung der deutschen Sprache und Literatur beiträgt. Deshalb treten in der Sekunda neben den antiken Werken Schriften der Kaiserzeit und der Mittelalter.

Der Unterricht in bildender Kunst gliedert sich in Kunstabteilung und Kunstabteilung und ist nicht bloß ein technisches, sondern ein allgemein bildendes Fach. Er soll außer Auge und Hand alle Seelenkräfte durchdringen, also Wille, Verstand, Empfindung, da die Gestaltungskraft, und hat als Voraussetzung die Aussäumung, das Erstarken und Leben der Kunst bedingt sind durch das Volkstum. Daraus ergibt sich die Bedeutung der deutschen Kunst. Besondere Einstellung auf die Erziehung zu Deutschland und Gegenwartssichtigkeit erfahren auch Religion, Geschichte, Staatsbürgerschaft und Zeitkunde. Mathematik und Naturwissenschaften berücksichtigen bei der Stoffauswahl den Anteil deutscher Forschung und das deutsche Wirtschaftsleben.

So ausgebildet, wird die Weisheit der Deutschen Oberschule fähig sein zu wissenschaftlicher Arbeit an der Hochschule im Wettbewerbe mit den Abiturienten der ältesten neunklassigen Schulen, aber auch zum Eintritt ins Wirtschaftsleben, wohlaufgestützt mit den Grundlagen einer künstlerischen Bildung, die es ihm gestattet, den deutschen Volkes Kunstsprache zu gedenken. Er wird zu Kenntnis und Verständnis deutscher Eigenart geführt sein und doch hineingestellt in den gesellschaftlichen und zeitgenössischen Zusammenhang. Er wird Aussicht haben, in seiner Berufsausbildung, im Staatsbürgerschaftlichen Leben und in der Ausgestaltung seiner Persönlichkeit ein ganzer und tüchtiger Deutscher zu werden.

Lagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Prozeß gegen Mitglieder der Hundertschaft zur besonderen Verwendung. Gestern begann vor dem Berliner Schwurgericht der Prozeß gegen den Polizeiunterwachtmeister Gruber und den Polizeihauptwachtmeister Meyer von der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, die befürchtet sind, am 16. Juni 1921 den Oberwachtmeister Buchholz getötet zu haben. Zur gestrigen Verhandlung waren über 100 Zeugen und eine Reihe von Sachverständigen geladen.

Die Wohlfahrtseinrichtung der Berliner städtischen Angestellten. Eine Volksversammlung der Angestellten der Berliner städtischen Betriebe, auf der die Ablehnung der letzten Einigungsvorschläge der Gewerkschaften durch den Präsidenten bekanntgegeben wurde, da das beschlossen, dem Wunsche der Sozialdemokratie nicht nachzugeben, die eine Verwahrung an die Abreise Ungarns forderte, sondern es wird auf diplomatischem Wege der ungarischen Regierung zu verhindern gegeben werden, daß eine Wiederholung derartiger verantwortlicher Auseinandisungen zur politischen Verurteilung des deutschen Volkes beitragen möge. Dorothé hatte in dem Telegramm den Unruhen Bluprecht als König von Bayern bezeichnet.

Dennoch ein Monarchieideal in Bayern? Einem Bericht der Gesellschaftszeitung folgt hier die kürzlich der Gesellschaftszeitung des bürgerlichen Verbundes eine Versammlung ab, in der er unter anderem ausführte, die Zeit für die Wiederherstellung der Monarchie sei noch nicht gekommen. Daran anschließend habe er folgendemzufolge: „Daher sei es ein Glück für Deutschland, daß der monarchistische Willen, der vor 14 Tagen mit der Ausrufung des bürgerlichen Kronprinzen Bluprecht zum König von Bayern ins Werk gelegt werden sollte, in der letzten Woche infolge besserer Einsicht des Kronprinzen nicht zur Ausführung kam. Dieser Willen, dem die Entente vielleicht nicht fernstand, hätte Frankreich die erwünschte Gelegenheit gegeben, die Mainz zu besetzen und hätte Nord- und

Sachsenlande in einen blutigen Kampf versetzt.“ Die Ansicht eines monarchistischen Guisches in Bayern ist ebenfalls oft beobachtet und ebenso oft bestritten worden. Nun scheint aus dieser Aussicht eines sehr weit reichenden Politikers aber hervorzugehen, daß sich unverantwortliche Stelle in Bayern vor ganz kurzer Zeit tatsächlich ernsthaft mit solchen Gedanken trugen, und daß es nur dem dämpfenden Einfluss des Kronprinzen Bluprecht selbst gelang, die Ausführung dieses Plans zu verhindern. Man muß sich wundern über die ungemein eindringliche Wirkung, mit der manche Leute noch immer mit dem Feuer spielen können glauben, und man muß dem Wittelsbacher Prinzen danken, daß er trotz seiner Prinzipienlosigkeit ein Unternehmen vereitelt hat, das vielleicht von nie wiederzutun gewesen wäre. (Siehe auch in der Beilage.)

Republik Österreich.

Das Gesetz über die Hörenbelastungsschule.

Nach dem heute vom Finanzminister beschlossenen Gesetz über die Hörenbelastungsschule wird die Teilnahme an Mindestdienst sowie die Veröffentlichung der von solchen abweigenden Abschläge mit Arrest bis zu einem Jahr und Geldstrafe von einer Million Kr. geahndet.

Bulgarien.

Das Ergebnis der Wahlen.

Bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften haben die Katholiken acht Sitze gewonnen und die Sozialisten vier Sitze verloren. Der Weststand der Liberalen bleibt unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Konservativen, die Mitteibündnispartei und die Partei der nationalen Wiedergeburt haben je einen Sitze verloren.

Von den der Neuwohl unterliegenden 10 Sitzen im Senat haben die Katholiken 4, die Sozialisten 2 und die Liberalen 18 Sitze erhalten.

Frankreich.

Die Verwendung deutscher Arbeiter im Wiederaufbaugebiet.

Minister Bonheur empfing gestern, wie die Räte haben berichtet, eine Delegation des Aktionskomitees des Wiederaufbaugebietes. Im Laufe der Unterredung ist von dem Plan die Rede gewesen, mit Hilfe deutscher Arbeiter 15 Dörfer der roten Zone an der Somme wieder aufzubauen. Der Minister habe mitgeteilt, solange das offizielle Ergebnis der in der Gegend von Chaulnes veranstalteten Volksabstimmung nicht bekannt sei, könne eine Entscheidung nicht getroffen werden. Durch die Abstimmung soll die Haltung der Bevölkerung zu dem Grundstück der Verwendung deutscher Arbeiter in jeder Gemeinde und zu den weiteren Voraussetzungen für die Verwirklichung des Plans festgestellt werden.

Bermischtes.

Eine chemische Fabrik ist niedergebrannt. In der chemischen Fabrik Krüppel-Hörner bei Dortmund brach am Dienstag ein Feuer aus, das die ganzen Fabrikshäuser vollständig vernichtete. Dem Feuer fielen sämtliche Apparate, insbesondere maschinelle Anlagen zum Opfer. Der Schaden ist erheblich. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Brand der Lippe'schen Landesbibliothek bei der vorgestrigen Feuerbrücke vollständig niedergebrannt. Gleichzeitig wurden das Alsterlumbdmuseum und die Steinamfamilie vernichtet.

Theaterbrand in Paris. Eine Feuerbrücke gestern vormittag einen Teil des Theaters Montencini ein. Verloren sind nicht zu Schaden gekommen.

Ein Nordlicht in 600 Kilometer Höhe. Webele die höchsten bisher gemessenen Polarlichterstrahlen, die bei der proaktivsten Nordlichterscheinung in der Nacht vom 22.-23. März 1920 festgestellt wurden, wird auf Grund der Messungen von Störmer in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Es ergaben sich dabei Höhen von 650 und 597 Kilometer; ja, eine Höhe wurde sogar mit 807 Kilometer photogrammetrisch aufgenommen. Die Lage dieses hohen Nordlichtes wurde über dem europäischen Nordmeer in der Nähe der norwegischen Küste bei Oslo und festgestellt.

Lieber heute als morgen
folllen Sie das „Märkte Tagblatt“ für Monat Dezember bestimmen, damit die Zustellung ab ersten möglichst eintritt. Der Bezugspunkt auf Monat Dezember beträgt M. 7,50 ohne Post oder Zustellgebühr.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. November 1921.

Opposition der Kommunisten im preußischen Landtag.

Berlin. Die gestern mittag begonnene Sitzung des preußischen Landtages dauerte bis früh 18 Uhr. Die Opposition der Kommunisten gegen die Weitererzung der Geschäftsordnung wurde durch 64 namentliche Abstimmungen niedergeschlagen. Schließlich wurde die neue Geschäftsordnung unter großem Lärm der Kommunisten endgültig angenommen. Im Laufe der Sitzung kam es zu schweren Auseinandissten, wobei die Kommunisten den Präsidenten Beinart mit Beschimpfungen überhäuften, die der Präsident ungedacht ließ. Ein Kommunist war auf der rechten Seite des Hauses eine Sitzkombüse ab, die nicht explodierte. Während der Sitzung wurde mit Trillerpfeilen und den Haushälften ein belästigender Lärm veranlaßt. Ein kommunistischer Antrag, das Rauchen zu gestatten, wurde abgelehnt, trotzdem wird entgegen dem Einspruch des Präsidenten von männlichen und weiblichen Kommunisten mit dem Rauchen begonnen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird die nächste Sitzung auf nachmittags 8 Uhr festgesetzt.

Verhaftungen wegen Geheimbündels.

Berlin. Wie dem „Vorwärts“ von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind in den letzten Tagen auf Veranlassung der badischen Landespolizeibehörde verschiedene Persönlichkeiten verhaftet worden, die einer rechtsextremen Geheimorganisation angehören. Die Verhaftungen sind wegen Geheimbündels erfolgt. Nähtere Einzelheiten darüber liegen noch nicht vor.

Der Kampf gegen den Wucher.

Berlin. Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Wucherfall des preußischen Innensenators, daß der Ertrag des preußischen Innensenators zur Bekämpfung des Wuchers ein kleiner Anfang sein könnte; ihm müsse die Reichsregierung nun mehr folgen. Sie habe bis auf alle Zweige der Verjährung des deutschen Volkes auszudehnen. Sie würde aber nicht von unten bei den Leuten und unter den Kaufleuten anfangen, sie soll nicht nur den Schlüssel dazu haben, sie habe auch den Kampf mit den oberen, mit den

hohen Kaufleuten anzunehmen. (Siehe auch in der Beilage.)

Zur Entschließung des Berliner Betriebsräts.

* Berlin. Zur Entschließung der gestreiken Betriebsräteversammlung erklärt die „Tägliche Rundschau“: Die Einberufung eines Betriebsrätekonvents wäre an sich zunächst nur eine Brüderangelegenheit der gesammelten Arbeiterorganisationen. Die Tagesordnung aber, die diesem Betriebsrätekonvent vorgelegt werden soll, bedeutet den Versuch zur Aufstellung einer sozialistischen Nebenregierung radikalisten Stils, bedeutet den Verlust einer proletarischen Diktatur. Die „rote Fahne“ spricht von der Arbeiterschaft im ganzen Reich und erklärt, der erste Schritt sei gestartet darum worden. (Siehe auch in der Beilage.)

Die Flucht des Oberleutnants Soldt.

X Hamburg. In der Hamburger Bürgerschaft kam es bei einer Anfrage der Kommunisten über die Flucht des Oberleutnants Soldt aus dem blassen Gefängnis zu erstaunlichen Szenen. Von einer Feindangriffdeputation war mitgeteilt worden, daß die Flucht wohlvorbereitet und von Freunden unterstützt zu sein scheint.

Bayeren an den Erklärungen Friedens.

X München. Die bayerische Regierung nimmt zu den Ausschüssen Ordnungs über die militärische Überprüfung in Bayern und zu der Behauptung, der bayerische Ministerpräsident habe sich gerühmt, über ein Heer von 300 000 Mann samt Ausbildung zu verfügen, in einer halbamtblichen Erklärung Stellung. Die Erklärung lautet, es scheine das eines jener Märchen zu sein, die von gewisser Seite zur Zeit des Kampfes um die bayerische Einwohnerwehr über Bayern verbreitet wurden. Es entspreche in seinem Punkte der Wirklichkeit.

Die Mitglieder der Arbeitskonferenz in München.

X München. Die Mitglieder des Internationalen Arbeitskongresses von Genf besuchten gestern auf ihrer Studienreise durch Deutschland in München verschiedene Werke, u. a. die ehemaligen Kruppwerke und die bayerischen Flugzeugwerke. Am Nachmittag wurden sie vom Ministerpräsidenten und den bayerischen Staatsräten empfangen. Heute wird die Studienreise nach Nürnberg fortgesetzt.

Schikanen zwischen Gewerkschäfen und Arbeitern.

X Wieselsbach. Gestern früh gegen 18 Uhr wurden die Arbeiter Zimmermann und Nolte aus Wieselsbach, als sie zur Bahn gingen, um mit dem Zug nach Erfurt zu fahren, von einem Trupp Burschen überfallen und mit Knüppeln blutig geschlagen. Es handelt sich um eine Anzahl erwerbsloser junger Burschen, die aus Erfurt in die Gegend von Wieselsbach kommen und dort in Feldscheunen nisten. Im Laufe der entstandenen Rauferei wurden einige Revolverstöße abgefeuert, und durch die zwei Angreifer, nämlich der Weber Schreiber aus Wieselsbach und der Arbeiter Bürger aus Wieselsbach, beide in Erfurt wohnhaft, getötet wurden. Die Schule hat in der Notwehr ein Wieselsbacher Arbeiter abgegeben.

Die neue belgische Kammer.

X Brüssel. Die neue Kammer wird sich endgültig nur folgt zusammenleben: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 38 Liberale, vier Mitglieder der Frontpartei und ein Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer. (Siehe auch unter „Belgien“.)

Die Villa Falconieri Frascati.

X Rom. Gestern erschienen in der bisher der preußischen Krone gehörigen Villa Falconieri Frascati zwei Beamte, um von ihr namens der italienischen Regierung Besitz zu ergreifen.

Von der Washingtoner Konferenz.

X Paris. Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus Washington meldet, prüften Abordnungen der fünf Großmächte gestern vormittag die Frage der Überprüfung zu Lande. Briand erklärte, daß Frankreich angeblich der ihm unterstreichen drohenden Gefahren gegenwärtig unmöglich eine Einschränkung der Rückungen vornehmen könne. Es wurde abgewiesen, die Fragen einem Ausschuß aus Führern der Abordnungen der fünf Großmächte zu übergeben, die einen für die Überprüfungskommission bestimmten Bericht aussarbeiten soll. Ferner werden von den Abordnungen der Großmächte drei Unterkommissionen zur Kontrolle der neuen Kriegsmethoden gebildet. Die erste Unterkommission soll sich mit der Artillerie befassen, die zweite mit der Verwendung von giftigen Gasen beschäftigen. Die dritte soll sich auf Angriffsflugs mit dem Kriege anzuwendenden Grundlagen des Völkerrechts befreien.

Frankreich angst vor der deutschen Waffe.

* London. Aus Washington wird gemeldet: Die Franzosen haben den Amerikanern versichert, daß Frankreich keinerlei Ablösen auf das Rheinland habe. Es wünschte keineswegs eine Verstärkung Deutschlands und forderte auch nicht etwa den Gedanken einer fabrikösen Monarchie. Es ist zu betonen, daß es sich dabei um Aussprüche der französischen Delegierten in Washington handelt. Die Franzosen versicherten, auf ihrer Seite besteht kein Hass gegen Deutschland und als Beweis dafür sollte man ihre Bereitwilligkeit gelten lassen, daß Frankreich nicht auf einem neuen Schuldbekenntnis Deutschlands besteht. Von wieweitem Bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse ist dabei nicht, daß Verstärkungen der Franzosen erfolgt sind gegenüber amerikanischen Verbündeten. Im Vordergrund steht die Erklärung von der französischen Bereitwilligkeit, jeden Verlust zu einer Besserung des Marktes zu unterliegen. Man bestätigt die Möglichkeit, daß eine formelle Klärung dieses Problems auch amtlich und öffentlich erfolgen werde.

Die englisch-französischen Differenzen.

X London. Die geistige Sitzung des englischen Kabinetts beinhaltet, eine Antwortnote an Frankreich zu richten, in der die schwere Gefährdung der Solidarität durch den Vertrag mit der Regierung von Ankara ausgedrückt wird. Als Ergänzung dieser Note hofft das Kabinett, daß die französische Regierung die austitigen Teile der Abmachung klärschweigend fallen läßt.

Die englische Regierung sieht sich infolge der Pariser Politik außerstande, zwischen der Türkei und Griechenland zu vermitteln.

X Paris. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten prüft unter Boris Bouliacis die Verhandlungen von Ankara. Nach langer Ausprache wurde beschlossen, den Ministerpräsidenten sofort nach seiner Rückkehr aus Washington anzuhören. Wie Havas meldet, scheint die Kommission, die kurzlich in einer gemeinsamen Sitzung mit der Finanzkommission das von Franklin Bouillon unterzeichnete Abkommen billigte, jetzt erneute Vorbedenke zu machen.

Im Stilnes Besuch in London.

X London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ behauptet, Stilnes verfügte, was bislang über erfolglos gewesen sei. Der Korrespondent deutet Befürchtungen an, daß Stilnes etwaige Erfolge gegen die Regierung Wirth ausdeutet könnte.

X London. Laut „Blanchester Guardian“ wird Lloyd George voraussichtlich Stilnes empfangen.

Der Nationalsozialismus in Amerika.

X Washington. Harding unterzeichnete eine Bill, die die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken befehlen soll.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute zum letzten Mal: Buffalo und Bill I. Teil.
Bis Montag das große Weihnachtsprogramm!

Die Perle des Orients.

Ein Schauspiel von Liebe und Seid in 5 Akten.
Ferner: Die Z-Strahlen Lustspiel in 4 Akten.
Vorführungen Wochentags 7 und 9 Uhr, Sonntags ab 2-5 Uhr Jugendvorstellung (Jugendprogramm).
Um gütigen Auftritt bittet die Besucherin Anna Bach.

Metropol-Lichtspiel-Theater

Vobbeir Str. 2 - Gethaus Stadt Weißer

Donnerstag, den 24. bis Montag, den 28. November 1921

„Nachtschatten“

Ein spannendes Abenteuer. Drama aus dem Bildeunserleben.

Dazu ein ausgewähltes Beiprogramm.

Aufführung: Wochentags 17 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Kassenabschluß 9 Uhr.

Um gütigen Auftritt bittet der Besucher: Paul Brabuhn.



NACH
AMERIKA
Vorzügliche
Reisegelegenheit
mit den größten zwischen
Deutschland und Amerika ver-
kehrenden
Dampfschiffen
„George Washington“,
„America“ u. a.
ab deutschem Hafen
Bremen-Canada
Nähere Auskunft, Fahrkarten
und Drucksachen durch die
General-Vertretung
Norddeutscher Lloyd
Bremen
an alle Vertreter
in Riesa: Wilhelm Frenzel
Nacht., Inh. Otto Opel,
Westinerstr. 2
in Grossenhain: J. H.
Broermann, Weststr. 26
in Oschatz: Carl Hoff-
mann, Bahnhofstr. 62.

ff. Weizenmehl
zum billigsten Tagespreis
empfiehlt
W. Dörr, Goethestr. 79.

Bruchfranke
können ohne Operation ge-
heilt werden. Langjährige
Methode. Sprechstunde in
Dresden, Pension Schäfer,
Strehlerstr. 6, Montags, den
28. November, von 9-1 Uhr.
Vorläufig Dr. med. Coleman,
Berlin W. 35.

Saubere, guterhaltene
Wein-Flaschen
Sognor-
Ellör.
kauf zum Preise v. 1,50 Mt.
per Stück
Richard Boden.
Fernsprecher 172.

Haupt-
straße

Kammer-Lichtspiele

Heute letzter Tag: „Gefangen“ mit Lya Mara in der Hauptrolle.
Ab morgen Freitag bis Montag erstklassiges Großstadtprogramm!

„Das neue Paradies“

3. Teil der Trilogie „Die Diktatur der Liebe“
mit Ester Carina i. d. Hauptrolle. 5 Akte, aus dem modernen Großstadtleben, sowie

„Der Knabe Eros“

(Sündige Liebe).

Niemand verlässt sich dieses erstklassige Programm anzusehen.

Kasse geöffnet ab 7 Uhr, Sonntags ab 9 Uhr.

Um gütigen Auftritt bittet der Besucher.

Vereinsnachrichten

Vereinigung schriftl. ges. Eltern. Die Distriktsloge Sachsen des Deutschen Guttemplerordens lädt zu einem öffentlichen Vortrag Sonnabend, den 28. dls. Mts., abends 18 Uhr im Jugendheim die Mitglieder ein. Zahlreiches Geschenke erwünscht. Die Mitglieder sind zur Feier des 25-jährigen Stiftungsfestes vom Verein für Gesundheitspflege Riesa am Sonnabend, den 26. d. M., 18 Uhr im Stein eingeladen. Um zahlreiche Beteiligung in Uniform wird gebeten.

Bezirksschülerverein Riesa. Die Mitglieder sind zu dem Vortrage: „Hemmungen in der Erziehung unserer Kinder und ihre Bekämpfung“ eingeladen. Sonnabend, 26. 11., 7.30 Jugendheim Friedr.-Augustistraße.

Der Kreisverein für Innere Mission gedenkt

Sonntag, den 4. Dezember 1921
in Magdeburg sein Jahresfest zu feiern. Von nachmittags 2 Uhr ab findet in der Kirche daselbst ein Festgottesdienst statt, für welchen Herr Pastor Bünker-Dresden die Predigt freudlich übernommen hat.

Unmittelbar im Anschluß an den Gottesdienst findet im Gasthofe Stadt Dresden die Jahrgangsgemeinde voraussichtlich sehr kurz verlaufende Generalversammlung des Vereins mit nachstehender Tagesordnung statt: Geschäftsbereich, Vortrag bei Vorlegung und Richtigstellung der Rechnungen vom Jahre 1920, Neuwahl von Direktoriumsmitgliedern. Hieran schließt sich ein Vortrag mit Vorführung von Lichtbildern aus dem Gebiete der Inneren Mission, gehalten von Herrn Pastor Bünker.

Alle Mitglieder, Freunde und Förderer der Sache der Inneren Mission werden hiermit zur Teilnahme an dem Fest, der Generalversammlung und dem Lichtbildervortrag ergeben eingeladen.

Großenhain, am 22. November 1921.

Direktorium des Kreisvereins für Innere Mission.

Dr. U. Lemann, Vorsitzender.

Allgem. Ortsfrankentafse Riesa.
Musikabend

findet am Sonnabend, den 3. Dezember 1921, von abends 8 Uhr im Volkshaus, Goethestraße 102, zu Riesa statt.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1921.
2. Haushaltplan für 1922.
3. Genehmigung des 5. Nachtrages zur Haftungszusage.

Die Wahlen zum Kassenvorstand, welche für den 3. Dezember 1921 angezeigt waren, finden nicht statt, da für die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten nur je ein gültiger Wahlvorschlag eingesetzt ist.

Nur diejenigen Herren Vertreter werden hiermit eingeladen, die eine schriftliche Aufforderung erhalten.

Riesa, den 23. November 1921.

Der Kassenvorstand.
G. Schilbach, Vorl.

Der Verein
Rhein.-Westf. Landsleute
feiert am Sonnabend, 26. November
im Saale des Wettiner Hofes.

I. Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater und Ball.
Aufführung 7 Uhr. Anfang um 8 Uhr.

Die Mitglieder nebst Angehörigen sind herlich eingeladen. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Die Reichsvereinigung
ehemaliger Kriegsgefangener
hält Sonntag, 27. Nov., im Gathof zu Mehltheuer ihr
Herbstvergnügen
ab. Hierzu werden alle Mitglied. u. Gäste freundl. eingeladen.

Oeffentlicher Vortrag.

Sonntag, den 28. November d. J., abends 18 Uhr
Jugendheim Friedrich-August-Str.

spricht Studienrat Merbitz-Dresden über
Hemmungen in der Erziehung unserer
Kinder und ihre Bekämpfung.

Eintritt frei für jedermann. Nach dem Vortrag Aussprache.

Montag nach entschlief im Krankenhaus
zu Riesa ruhig nach kurzen aber schweren Leiden
unsere liebe Mutter, die Haushälterin Frau

Ida verw. Günther
geb. Hoffmann
aus Hartha, im Alter von 49 Jahren.

In tiefer Trauer

Rudolf Hoffmann nebst Frau, Leipzig
F. Würdig, Gröba, Lauchhammerstr. 15.

Die Beerdigung erfolgt Freitag nachmittag
18 Uhr von der Friedhofshalle Riesa aus.

Männerheringe

täglich frisch, empfiehlt

H. Gruhle

Bismarckstr. 35a.

Telefon 652.

Gänse

ausgezeichnet, empfiehlt

Dr. Koch, Hauptstr. 19.

Morgen Freitag früh

f. Angelischellisch

f. Zeelach ohne Kopf

f. Goldbarsch ohne Kopf.

Clemens Bürger.

Achtung!



Wund 11 u. 12 Mt.

Gammelköfte, Lebern und

ungen empfiehlt billig

Julius Göde, Bismarckstr.

Freitag vorm. 8-9 Uhr

werden die Hasen der Metz-

ger der Jagd an Gröbner

Ginnobner verkauft.

Administrator Bergan.

Gabelb. Stenogr.-Verein Riesa.

Freitag, d. 25. 11., fallen die
Übungskl. aus. Von nächster
Woche ab finden die Übungs-
abende zu folgenden Zeiten
statt: Anfängerkl. A (Spo):
Montag 8-9, Anfängerkl.
Anfängerkl. B: Dienstag
8-10, Anfängerkl. Fort-
bildungskl.: Freitag 18 bis
19, Handelschule, Rebe-
schriftkl.: Freitag 19-20,
Handelschule.

Freiwillige
Sanitätskolonne

Freitag abend 8 Uhr Übung.

Der Kol. Führer.



Künstlerische Schaubühne

des Sächs.

Künstlerhilfsbundes.

Leitung: Maximus Rein.

Riesa, Hotel Höpflner.

Freitag, 25. November
abends 8 Uhr

2. Vorstellung Reihe B

Die berühmte Frau

Urkstück in 3 Akten von
Schönbach u. Kadelburg.

Kartenverkauf
Hoffmanns Buchhandlung
u. a. d. Theaterklasse eine
Stunde vor Beginn der
Vorstellung.

Für die mir anlässlich des
Abschiedens meiner lieben

Gattin

Emilia Anna Scheibe

geb. Oberst

erwähnte Teilnahme sage

allen den

aufrechtstellten Dank.

Im Namen der trauernden

Hinterbliebenen

Richard Scheibe.

Dangenber, am 24. 11. 1921.

Die heutige Nr. umfaßt

8 Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 274.

Donnerstag, 24. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Die Reichskanzler-Mede.

Im Steuerausschuss des deutschen Reichstages sprach am Dienstag mittag, wie wir bereits berichtet haben, der Reichskanzler Dr. Wirth über die Reparations- und die Kreditfragen, oder, genauer gesagt, über die lehnswürdigen Verhandlungen mit der Reparationskommission einerseits und dem Reichsverbande der deutschen Industrie andererseits. Es war vielleicht die vorsichtigste Mede, die dieser impulsiven Politiker seit seinem Amtsantritt gehalten hat und man merkt ihm in jedem Worte den Verlust an, nicht an viel zu sagen, keine Verkündungen zu erwarten und Begeisterung zu erzeugen und die schamlosen Bucherer und Schieber aus den Kreisen der Erzeuger u. Händler zu entfernen. Der Erlass regelt die Art, in der die Beamten der Schuhpolizei zur Bucherbekämpfung herangezogen werden können. Bei Ermittlungen in Lodengeschäften sollen die Beamten möglichst unauffällig eintreten, dabei aber mit der nötigen Bestimmtlichkeit vorgehen. Im Zweifelsfalle soll eine gründliche Geschäftseinsicht durch beruhete Kräfte unter Einsichtnahme von Betriebsleuten aus den Kreisen der ehemaligen Händler erfolgen. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlass geben, sind die Ermittlungen nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu errichten. Bei diesen Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Unterhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinns zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der abzuhängende Verlust auszuführen. Die Bucherbekämpfung soll auch in den Kleinstädten sowie auf dem Lande durchgeführt werden. Außerdem ist allen Arten der Selbsthilfe des Verbrauchs vorzubehalten und gegebenenfalls allen Pläne und Maßnahmen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten.

Über die Tätigkeit der Reparationskommission in Berlin teilte der Kanzler mit, daß die Frage einer Revision des ganzen Reparationsschemas oder eines Moratoriums offiziell nicht verhindert worden sei. Die Kommission habe keinen anderen Auftrag gehabt, als denjenigen, für die Goldzahlungen vom 15. Januar und 15. Februar Sicherheiten festzustellen; sie habe in den offiziellen Sitzungen dementsprechend auch nur diese Fragen zur Diskussion gestellt. „Über wesentliche Fragen ist also überhaupt nicht verhandelt worden, wobei der Nachdruck auf dem Worte verbandelt liegt.“ Das will offenbar besagen, daß die wesentlichen Fragen, die der Kanzler im Auge hatte, also eben die Fragen der Revision und des Zahlungsaufstandes, zwar nicht in den offiziellen Verhandlungen zur Sprache kamen, daß sie im Laufe der Unterhaltung inoffiziell aber doch angeschnitten wurden. Aus alledem geht hervor, daß die Reparationskommission sich dem Gedanken des Moratoriums zum mindesten nicht entgegengestellt hat, daß also die Radikalisten, namentlich aus England, die von der Gewährung eines Moratoriums nach Errichtung der Januar-Februararbeiten zu berichten wissen, durch die Haltung der Reparationskommission während ihres Berliner Aufenthaltes immerhin kein Element erachtet. Das Problem ist von der Reparationskommission ihrem Auftrage gemäß offenbar völlig links liegen gelassen worden, es ist also weder nach einer noch nach der anderen Richtung irgend eine Entscheidung gefallen.

Das ist im Grunde genommen das einzige, was der Reichskanzler über die Berliner Tätigkeit der Reparationskommission mitteilte. Was er hinzufügte: „Doch diese Kommission dringend den Wunsch geäußert habe, definitives über den Stand der industriellen Kreditaktion zu erläutern, und daß die Unmöglichkeit, ihr dieien Wunsch zu erfüllen, außerordentlich verständig und enttäuschend auf sie gewirkt habe, gehört eigentlich schon nicht mehr zum Kapitel Reparationskommission, sondern zum Kapitel Kreditaktion. Auch über diese äußerte sich der Kanzler sehr zurückhaltend; er erklärte, daß er erst zu Anfang nächster Woche in der Lage sein werde, genauere Mitteilungen zu machen, eine Befreiung, aus der immerhin hervorgeht, daß die Verhandlungen noch ihren Fortgang nehmten und daß der Kanzler noch glaubt, mit der Industrie zu einer Vereinbarung zu gelangen. Aufgrund welcher Bedingungen? Auch hierüber wollte sich Herr Dr. Wirth im Augenblick noch nicht äußern, er erklärte aber, daß die Bedingungen der Industrie einer Auflösung der schwersten Probleme gleichläufen, auf die die Regierung ihrerseits, ebenfalls zu Anfang nächster Woche, mit einer positiven Darstellung der von ihr selbst für notwendig gehaltenen Maßnahmen antworten werde.

Um übrigens beschäftigte sich der Kanzler mit der Frage, wer, falls die Industrie zur Hypothekarierung ihres Besitzes mit einer Reparationsanleihe sich bereit erkläre, der Hypothekengläubiger, also der eigentliche Geldgeber, sein sollte. Er teilte mit, daß die Regierung hierüber bereits Verhandlungen im Ausland, namentlich in England angeknüpft habe, daß diese Verhandlungen zwar noch nicht zum Abschluß gelangt seien, daß er ihnen aber mit einer gewissen Zuversicht entgegnehe. Trotz dieser Zuversicht oder gerade wegen ihr empfahl er dringend äußerste Zurückhaltung an der Besprechung dieses Problems, namentlich da eine Lösung aus engster Verbindung sei mit dem Ausgang des Washingtoner Kongresses, über den gar kein Urteil möglich sei. Es sei klar, daß, wenn es in Washington nicht zu einer Ablösung komme, die freien Gelder auf dem Weltmarkt wahrscheinlich nicht zu Gunsten einer Reparationsanleihe verwandt werden könnten, sondern daß sie „in den großen Abgrund des Weltkriegs hineingerissen werden“ würden. Es sei außerdem auch prinzipiell noch nicht klar geworden, auf welche Weise das Darlehen evtl. gegeben würde und dies sei von höchster Bedeutung, da sich im Verlauf der bisherigen Entwicklung deutlich gezeigt habe, daß kurzfristige, also nach einer geringen Spurzeit wieder rückzahlbare Kredite bei Heranreifen des Rückzahlungstermines nur zu noch größerer Zerrüttung des internationalen Geldmarktes und der deutschen Währung führen. Der Kanzler betonte, daß die Aufnahme dieser kurzfristigen Kredite zur Besteitung der ersten Reparationszahlung trotzdem richtig gewesen sei, da gerade dieser Kredit und seine Folgen die Überzeugung von der Unmöglichkeit des Reparationsultimotums weit hin vertieft habe. Die Erkenntnis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, die Voraussetzung jeder Erleichterung sei, werde überhaupt nicht durch theoretische Erwägungen, sondern nur durch Wirtschaftsschreiten, auch über die größten Hindernisse hinweg gefördert. Das war also aus seine, wenn auch in etwas abgewandelter Form, ein Bekenntnis zu jenem Optimismus, der Herrn Dr. Wirth in der ganzen Reparationsfrage niemals verlassen hat. Es war ersichtlich, daß er für die nächsten Maßnahmen noch gewisse Erfolge erwartet, daß er aber, selbst wenn diese Erfolge nicht eintreten, an die Logik der Entwicklung aus den Dingen selbst glaubt, und an die Notwendigkeit, daß das Licht, zu dem wir streben, eben aus der tiefen Nacht hinauswachsen müsse. Der Ausklang des Reichstages, der Herrn Dr. Wirth in seiner großen Weisheit Besuch spendete, schwieg sich dieser nicht klar ausgesprochenen, aber als Unterton unverstorbene Aussicht offenheitlich an.

Helfferich im Steuerausschuk.

Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen wandte sich Abgeordneter Helfferich (Cnai.) gegen die Ausführungen des Reichskanzlers in der vorigen Sitzung. Der Kanzler habe gezeigt, daß die Unverfügbarkeit des Ultimatums am 15. Januar 1922 bestünde, wenn nicht eine besondere Ultimatum Hilfe bringt. Die Bekannterung des Einigungskommens sei unvergleichlich höher in Deutschland als in irgend einem anderen Lande der Welt. Die Partei habe zugesagt, ein fester Vertreter zu sein. Das offizielle Schlagwort von der Erfassung der Goldwerte müsse ver-

Die preußische Regierung gegen den Bucher.

Ein Erlass des Ministers Seering.

Der preußische Minister des Innern Seering hat an die Regierungsräte und den Polizeipräsidienten von Berlin einen Erlass gerichtet, in dem er es als Pflicht der Polizei bezeichnet, der weiteren wucherischen Ausbeutung der Bevölkerung entgegenzuwirken und die schamlosen Bucherer und Schieber aus den Kreisen der Erzeuger u. Händler zu entfernen. Der Erlass regelt die Art, in der die Beamten der Schuhpolizei zur Bucherbekämpfung herangezogen werden können. Bei Ermittlungen in Lodengeschäften sollen die Beamten möglichst unauffällig eintreten, dabei aber mit der nötigen Bestimmtheit vorgehen. Im Zweifelsfalle soll eine gründliche Geschäftseinsicht durch beruhete Kräfte unter Einsichtnahme von Betriebsleuten aus den Kreisen der ehemaligen Händler erfolgen. Falls die Einkaufspreise der Kleinhändler in ihrer Höhe zu Bedenken Anlass geben, sind die Ermittlungen nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die Vorbesitzer der Ware bis zum Erzeuger oder Importeur zu errichten. Bei diesen Ermittlungen ist auch auf den Gesichtspunkt der Unterhaltung der Waren in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinns zu achten. In solchen Fällen sind die etwa noch am Lager befindlichen Vorräte rücksichtslos zu beschlagnahmen und der abzuhängende Verlust auszuführen. Die Bucherbekämpfung soll auch in den Kleinstädten sowie auf dem Lande durchgeführt werden. Außerdem ist allen Arten der Selbsthilfe des Verbrauchs vorzubehalten und gegebenenfalls allen Plänen und Maßnahmen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten.

Von „Boss. Lin.“ sollte sich das Reichsministerium gestern nachmittag mit der Frage der Bekämpfung der Preisdreher befaßt haben. Unter den Vorlesungen, die von den beteiligten Ministern gemacht werden, befindet sich auch der „Märktepreise für Lebensnotwendige Bedarfsgüterstände aufzustellen.“

Infsofern der Verboten von Umläufen und Versammelungen unter freiem Himmel haben sich gestern keine weiteren Planungen ereignet.

Einberufung eines allgemeinen Betriebsratkongresses.

Die Groß-Berliner Betriebsräte sind gestern auf Einberufung der in Berlin weilenden Betriebsdelegationen aus dem Reiche zusammengekommen. Ein Bericht der Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft für eine Aktion zu gewinnen, schlug fehl. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, nach der der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Ma aufgefordert werden, innerhalb 14 Tagen einen allgemeinen deutschen Betriebsratkongress nach Berlin einzuberufen. Dieser Kongress soll sich u. a. befreien mit der Erreichung einer Amnestie für die politischen Gefangenen, der Durchführung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Steuervertrag, der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung durch Erfassung der Lebensmittel durch die Organisationen der Gewerkschaften, der Betriebsräte usw. Wenn der Gewerkschaftsbund in 14 Tagen seinen Kongress einberufen sollte, so werden die in Berlin verbliebenen Betriebsräte selbst einen Aufschluß zu einem Kongress erläutern.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Afab und Vertreter der beiden sozialistischen Parteien befanden sich, wie die Berliner Mütter melben, gestern vormittag in einer gemeinsamen Sitzung über die bekannten zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Auswirkungen ergab, daß sich die beiden sozialistischen Parteien im großen und ganzen auf den Rahmen des Steuervertrags der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellten und verbrachten, in diesem Sinne bei der Beratung des Steuervertrags im Reichstag zu wirken.

Der kommunistische Hungerstreik.

In Lichtenburg verweigern nur noch vier Gefangene die Nahrungsaufnahme, in Hoyerswerda bei Torgau zwei, in Torgau selbst acht. Es befinden sich also nur noch 14 von den ursprünglichen 128 Gefangenen

schwanden. Die Erfassung der Sachwerte bei industriellen und Agrarbetrieben könnte uns den Entente gegenüber nur eine Atempause von etwa einem halben Jahre sichern. Der landwirtschaftliche und südliche Grundbesitz sei und bleibt Grundbedürfnis. Das landwirtschaftliche Vermögen füllt nach dem sogenannten gemeinen Wert zu befreuen, sei undurchführbar. Für die Landwirtschaft sei nur der Ertragwert gerecht; auch für das industrielle Betriebsvermögen sei der gemeine Wert ungerecht.

Stresemann über die politische Lage.

Mittwoch abend sprach in einer Versammlung in Offenburg Abgeordneter Dr. Stresemann über die politische Lage. Er führte u. a. aus: „Wir leben auf dem Gebiete der Außen- und Innenpolitik vor ungeheuer schweren Entscheidungen. Gewalt bis zum äußersten wird der Erfolg von Washington sein. Die uns auferlegten Verpflichtungen auf dem Gebiete der Friedensentschädigungen müssen abgedient werden. Zeit muß dem Feindeswillen eine deutsche Einheitsfront entgegenstellen werden. Nur wenn Deutschland in der Lage ist, einen Teil seiner Entschädigungen zu zahlen, wird sich Frankreich vor dem Zusammenbruch retten. In Frankreich regiert nicht die Wirtschaft, sondern die Politik. Darum ist Frankreich der Gegner einer Verständigung. In diese Verhältnisse platzt nun das Kreditangebot der Industrie herein und zu dieser Situation kommt noch die Rette von Stinnes nach London und die Entstaatlichung der Eisenbahnen. Dadurch, daß man die Rache, daß Stinnes nach London ging, gebracht hat, hat man die ganze französische Presse rebellisch gemacht und sich nicht gefragt, ob man dadurch den ganzen Friede der Welt zerstört. Eine große Hoffnung für Deutschland ist der Wiederaufbau Englands. Darüber hat Stinnes auch mit Lloyd George und Kassis darüber geworben, daß Stinnes eine große Achtung überall findet. Zur Entstaatlichung der Eisenbahnen, die von dem Verband der Industriellen verlangt wird, hat die Deutsche Volkspartei noch nicht Stellung genommen. In die Spitze der Eisenbahnen gehört kein Battice, sondern ein sachmännisch gebildeter Generaldirektor, der eine anständige Tantieme erhält. In Bezug auf die Erfüllung siehe ich auf dem Standpunkt, daß es nicht angängig ist, jetzt zu sagen, daß wir nicht zahlen können. Das Kreditangebot der Industrie wird uns etwa 500 Millionen Goldmark bringen.

im Hungerstreik. Lebensgefahr ist bei seinem vorhanden. In Raasgard ist der Hungerstreik ganz aufgegeben worden.

Das Gewerkschaftskartell in Halle hat beschlossen, daß eine Generalstreikparole, die nur die Herausgabe der politischen Gefangenen fordert, nicht zugleich genug ist, um die breiten Massen zur Niederlegung der Arbeit zu stimmen.

Beginn der deutsch-polnischen Konferenz.

Gestern vormittag wurde im Volksbundsaal in Genf die deutsch-polnische Konferenz durch eine Begrüßungsansprache des Generalsekretärs des Volksbundes Sir Eric Drummond und durch eine längere Eröffnungsrede des Präsidenten Felix Galander eröffnet, auf die Reichsminister a. D. Schiffer und der polnische Revolutionsführer Osowski antworteten. Eine zweite Sitzung wurde am Nachmittag abgehalten, in der der Arbeitsamt beraten wurde. Es wurde beschlossen, den Stoff auf 11 bis 12 Unterabschüsse zu verteilen, die vorzugsweise in Danzig ingen werden. Eine dritte, vorzugsweise die letzte Sitzung wird heute nachmittag abgehalten. Am Schluss der zweiten Sitzung gab die Konferenz folgende amtliche Mitteilung heraus:

Der von den angestellten und assoziierten Hauptmachten angenommene Vertrag des Volksbundsrats über Oberösterreich steht als Übereinkunft zwischen Polen und Deutschland zur Regelung des Übergangsregimes in Oberösterreich und des Minderheitschutzes vor. Die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz wurde gestern im Volksbundskreis unter Boris des Herrn Galander abgehalten. Deutschland war vertreten durch Reichsminister a. D. Schiffer, Staatssekretär a. D. Lewald und den Grafen Schulenbach vom Auswärtigen Amt. Polen durch den bevollmächtigten Gesandten Osowski, den Legationsrat Berlowski und den Sekretär im Ministerium des Außenwesens Kramski. Nach einigen Begrüßungsworten des Generalsekretärs eröffnete Galander die Sitzung, indem er seine Aufgabe charakterisierte. Beide Vertreter legten Wert darauf, festzustellen, daß sie mit dem größten Geist der Versöhnung an ihre Aufgabe herantrete und mit dem Bewußtsein, daß nicht nur die beiden Länder, sondern die ganze Welt an einer befriedigenden Lösung der durch die Teilung Oberösterreichs ausgerollten Fragen interessiert sei. Über das einschlagende Verfahren wurde eine Vorbesprechung gehalten und ein von Osowski vorgelegter und unterbreiterter Vorschlag als Verhandlungsbasis angenommen. Die Konferenz untersuchte darauf die Frage der Arbeitsverteilung auf verschiedene Unterkommissionen und die Frage, in welchem Orte die Unterkommissionssitzungen abgehalten werden sollen. Die Aussprache über diese verschiedenen Punkte wurde auf morgen verlegt.

Oberschlesien und die Tschechoslowakei.

Wie aus Prag gemeldet wird, befolgt eine Interpellation des deutschen parlamentarischen Verbands über die Rolle der Tschechoslowakei in der oberschlesischen Frage: Bei seiner jüngsten Anwesenheit in Prag hat der polnische Minister des Äußeren Stalmunt dem Ministerpräsidenten gegenüber dankend hervorgehoben, daß die Teilung Oberschlesiens hauptsächlich der Haltung des Herrn Ministerpräsidenten damals angegriffen werden könne. Der Ministerpräsident hat damit neuerlich die Gefühle der 3½ Millionen Deutschen dieses Staates auf das allerempfindlichste verletzt und bewiesen, daß für ihn weder moralische Bedenken noch politische Grundsätze in Betracht kommen, wenn es gilt, die Ob. und Bremischen Völker gegen das deutsche Reich zu unterführen. Bei dieser Haltung des Ministerpräsidenten erscheint die schwere Beurteilung der Bevölkerung berechtigt, die auf Gerichts zurückzuführen ist, daß zwischen Polen, Tschechoslowakei und Frankreich getroffene Abmachungen über Belebung weiterer Teile Oberschlesiens getroffen worden seien. Es wird gefragt, ob der Ministerpräsident bereit ist, ernstlich und offen die Uninteressiertheit der tschechoslowakischen Regierung an Oberschlesien zu erklären, da durch die Entscheidung des Obersten Rates die im Friedensvertrag enthaltenen Voranzeihungen für den Anfall des Probstädtener Gebietes wegfallen.

Ich halte es für ganz verfehlt, daß die Frage der Goldwerte in diese Situation hineingebracht wird. Diese ist indes unabsehbar, wenn wir die Frage der Kriegsentschädigungen gelöst haben. Zum Schlusse trat der Rektor nochmals für eine deutsche Einheitsfront ein und verteidigte die Tatsache, daß die Volkspartei in die neue Regierung eingetreten ist.

General Nollet in Erfurt.

General Nollet besichtigte gestern nachmittag das Werk der Deutschen Werke, in dem u. a. auch General Ingendoß anwesend war. An der Besichtigung, die etwa zwei Stunden dauerte, nahm auch der Betriebsrat teil. In der sich anschließenden Befreiung meinte General Nollet, indem er besonders auf den Bau von Schreibmaschinen hinwies, daß sich das Werk vollkommen umstellen lasse. Auch die Fabrikation von Jagdwaffen müsse Frankreich als gefährlich ansehen.

Ein Erfurter Berichterstatter meldet: Als der Betriebsrat den General Nollet daran hinwies, daß er die Fabrikation von Militärfäßen unter allen Umständen verhindern würde, sagte General Nollet in deutscher Sprache: „Das sagen Sie, aber nicht Ihre Kinder!“

Die britische Industrie über die deutschen Reparationen.

In einer Denkschrift des Sonderausschusses des Bundes der britischen Industrien heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen: der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt sei undurchführbar, und jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, müsse zum Zusammenbruch Deutschlands führen. Auf die jetzige Weise werde es schwierig sein, irgendwelche Entschädigung von Deutschland zu erlangen. Ferner wird ausgesagt: Wir stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland bis zum Ende seiner Fähigkeit zahlen soll; wir sind jedoch der Ansicht, daß unter unserer Industrie den geringstmöglichen Schaden zuzufügen, die alliierten Regierungen neue Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und, wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung des

Einigung dieser Aufforderungen durch Deutschland die Faß zu erleichtern, die Deutschland auferlegt ist. Um Schluß der Deutschrifft heißt es: Wir haben es für nötig gehalten, in dieser Deutschrifft die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu beschreiben, die wir unterbreiten. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge ernst und dringend zu erwägen.

Ein neuer Konflikt zwischen dem Reich und Bayern.

Der Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtages beschäftigte sich gestern mit dem Beschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages, eine Kontrolle der bayerischen Haushaltssachenanstalt Niederhofenfeld vorzunehmen. Der Vorsitzende Held betonte, es handle sich um einen Konflikt zwischen der Aufsicht des Reichstagsausschusses und des Bayerischen Landtages. Er bedauerte das Vorgehen des Reichstagsausschusses außerordentlich, umsonst als die Herren wissen mühten, daß sich die bayerische Volksvertretung nicht ohne weiteres einen Einpruch in die bayerische Strafrechtsvorsorge lassen werde. Der Ministerpräsident Graf Verchenfeld hob die grundähnliche Bedeutung der Angelegenheit hervor, die ihr weit über die Grenzen Bayerns hinaus kommt. Er habe auch schon am Tage vor dem gestrigen Beschuß des Untersuchungsausschusses die bayerische Gesandtschaft in Berlin zur Vorberge erlaubt, den Reichsanziger sowohl wie den Reichsjustizminister im Auftrage der bayerischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen. Ministerpräsident Graf Verchenfeld teilte ferner mit, daß im Falle der Durchführung des Beschußes des Reichstagsausschusses die bayerische Regierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anstreben werde. Eine vorherige Untersuchung der Anstalt Niederhofenfeld werde infolgedessen nicht stattfinden können. Die Anstaltsleitung sei hierzu bereits verständigt worden.

Die Bemühungen um die Einheit der Internationale.

Wie die Agence Belga meldet, hat der Vollzugsausschuss der 2. Internationale, der unter dem Vorsteher Verderbel in Brüssel zusammengetreten ist, einen Beschuß gefaßt, nach dem eine internationale Sozialistenkonferenz einberufen werden wird, um die Einheit der Internationale wieder herzustellen und an der Abreise Europas und der Bekämpfung des Friedens zu arbeiten. Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit der Frage in Georgien. Weiter sprach er sich mit Nachdruck gegen eine neue Ablöse an die Vollschwist in der Angelegenheit der Hilfeleistung für die Hungernden in Russland aus. Die 2. Internationale wolle gern an dem Hilfswerk mitarbeiten, jedoch nur gemeinsam mit der Amerikaner Gewerkschaftsinternationale.

Großbank-Filiale
in sächsischer Gebirgsstadt sucht jungen tüchtigen
Bantbeamten od. Kaufmann
für sofort, spätestens 2. Januar 22. Angebote unter F.W. 7981.
an das Tageblatt Niesa.

1000 Mf.
Belohnung

zahlen wir demjenigen, der uns solche Angaben über den Einbruch in unserem Speicher Jakobsthal machen kann, daß wir die Täter gerichtlich delangen können. Verschwiegenheit angestellt. Andere Angaben werden entsprechend belohnt. Wahrnehmungen sind der Gendarmeriestation Göblis zu machen.

Besuch- und Absch. Genossenschaft Strehla.

Schwarzer Hund
angelauten.
Röderau, Grundstraße 6.

Goldener Hund
mit langer Rute und junger
kleiner Hund mit weicher
Brust entlaufen. Gegen Be-
lohnung abzuhauen
Bismarckstr. 35.

Möbl. Zimmer
oder Schlafstelle
von Herrn sofort gesucht.
Öfferten unter L.W. 7986
an das Tageblatt Niesa.

Auf fasscher Fährte.

Kriminalroman von C. Andersen.

Ieben Morgen betrat zwei Wärter seine Zelle, um Ordnung zu machen. Sie hatten natürlich die dazu notwendigen Werkzeuge bei sich: Staubbürste, Besen und Federwisch. Nun wollte er vor allem verhindern, sich des Federwischs, der an ein spanisches Rohe befestigt war, zu bedienen.

Andudem er sich nun bereits neun Tage in der Anstalt befunden hatte, mußte es sofort geschehen. Am Nachmittag würde die junge Dame im Garten erscheinen und er mußte also seine Vorbereitungen treffen, um gerüstet zu sein.

Um 7 Uhr morgens kamen, wie gewöhnlich, die Wärter. Sie begannen abzustauben und der eine legte, während er in die Höhe stieg, um die Fenster zu reinigen, den Federwisch auf das Bett.

Der Wärter stieg wieder ab und als er den Federwisch gebrauchen wollte, fand er ihn nirgends finden.

"Wo ist denn der Federwisch? der da," er machte eine Faß gegen Ugel, "kann ihn doch nicht verpiest haben."

Darauf bestoste er Ugel, um zu untersuchen, ob er den Federwisch nicht etwa unter seinem Anzug versteckt hatte. Ugel stieß einige unartikulierte Laute aus, sah sich aber um und schaute nicht zur Gegenwehr.

"Du mußt ihn in einer der andern Zellen vergessen haben," meinte der andere Wärter.

"Ich glaube ganz bestimmt zu wissen, daß ich ihn hier auf das Bett gelegt habe, aber es mag sein, daß ich mich auch irre. Na, ein Unglück kann damit nicht angerichtet werden."

Nachdem sie sich nochmals im Raum umgesehen hatten, entfernten sich die beiden Wärter.

Ugel hatte also den ersehnten Federwisch erworben. Nun grüßte er eine Welle Glühen aus der Bettdecke und flocht sie zu einer starken Schnecke zusammen. Darauf bog er das spiralförmige Rohr um, baute die Enden zusammen und hatte so einen ziemlich guten Bogen.

Schon früher hatte er bemerkt, daß neben dem Überrahmen am Boden ein ordentlicher Galgen losgezogen war. Diesen

Teure Eier sparen Sie durch!



Wohnungstausch.

3 Zimmer-Wohnung gegen 4 Zimmer-Wohnung in Niesa zu tauschen gesucht. Off. unt. G.W. 7982 an das Tageblatt Niesa.

Aufwartung

für vormittags gesucht. Daßelb sind 1 Paar braune Damenabschuhe, Gr. 37, zu verkauften Bahnhofstr. 3a, p.l.

1 Hausmädchen
wird sofort gesucht
Hotel Wettiner Hof.

Übliches Hausmädchen
für sofort gesucht. Hoher
Lohn, gute Behandlung und
Hof. Bahnhof Dreilinden,
Sachsenburg bei Dresden.

**Sauberer, ehrliches
Hausmädchen**
für sofort od. 1. 12. gesucht.
Hoher Lohn, gute Rölt.
Öfferten unter K.W. 7985
an das Tageblatt Niesa.

Selbständige arbeitender

Monteur
und
Obermonteur

für Ortsnebendörfern
in dauernde Stellung gesucht.

Flechsig & Höhne,
Sonnenallee 9, 9.
a. d. Berlin-Dresdner Bahn.

Wer arbeitet?

22 jährigem Kaufmann zur
Weiterbildung Unterricht in

Französisch
und **Englisch?**

Gef. Angebote mit Angabe
des Honorars unt. J.W. 7984
an das Tageblatt Niesa.

So kaufen gesucht

1 gutgehende Bäckerei
mit **Röntioriel**

in verkehrsreicher Gegend, am
liebsten in oder Nähe Niesa.

Bedingung: Gute Lage, große
Bekleidung, gutes Gebäude,
Bekleidung. Niedrige Öfferten
mit Angabe des Preises sind
zu rüsten an.

Herr Friedrich Glasow,
Niesa, Elbe, Kolonne 17.

Für die vielen Aufmerksamkeiten an unserer
Verlobung sagen wir hiermit gleichzeitig im Namen
unserer Eltern innigsten Dank.

Niesa, im November 1921.

Gertred Thielemann
Bruno Gelhaar.

Herr sofort gesucht,

welcher eine gute, grundreelle Sache haupt- oder neben-
berüllig übernehmen will. Bis zu 30000.- M. Verdienst
pro Jahr! Zur Übernahme 1200.- M. erforderlich. Mündl.
Kunststück erlaubt: Direktor Schmidt, Chemnitz, Dresden. Gr. 10.

Existenz

durch Übernahme des Vertriebs eines pat. gesch.
Reklame-Systems
für Niesa oder andere Städte. Je nach deren Größe 2- bis
8000 M. erforderlich. Ausf. Angebote u. D. G. 9886 an
Rudolf Wölfe, Dresden.

Fabrikgelände

mindestens 12000 qm mit vorhandenem

Gleisan schlüß

möglich an schiffbarem Fluss gelegen
sofort zu kaufen gesucht.

Öfferten unter B.B. 6875 an Rudolf Wölfe,

1 Bedienungsfrau
wird angenommen
Hotel Wettiner Hof.

Suche

Hausrindwölkchen in Niesa
bei hoher Auszahlung, wenn
Wohnungstausch geg. kleine
Wohnung in Niesa möglich
ist. Angebote unter H.W. 7982
an das Tageblatt Niesa.

Stiere
Ferkel
zu verkaufen
Nieders. 97.

Gänse-Verkauf.

Täglich haben
große und
wunderschöne
Gänse zum Bildung
Drosa und Reichsbrücke,
Gänse-Großhandlung,
Große, am Bahnhof Niesa.
Telefon 271 und 565.
Suppenküche, Suppenküche,
ein Kino,
Feldverb., Fabrikar.,
Schneckenwürste für 7-11.
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Niesa.

Sportwagen
mit großer Kappe zu ver-
kaufen. Schlosserstr. 18, 1. L.
Gebr. W. Kindersortenwagen
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Niesa.

Autos, Schulwagen
1. Wäldchen zu kaufen gesucht
Altherrstraße 11, 2. r.
Ein kl. Tafelwagen
10-12 Str. Tafelwagen,
2. Wappensortenwagen,
1. Werbestall,
alles wie neu, billig zu ver-
kaufen. Gaußstr. 11, p.

Gute: Kaufe
nur Sonnabend, 26. Nov.
in Niesa

Hotel Stadt Dresden
alte Bahn-Gebisse
sowie einzelne Bäume
(auch zerbrochen), zahle
die höchsten Preise.
Nur von 9 bis 5 Uhr.

Wohlter G. Pfleg's
Perulin-Heil-Salbe
heißlich empfohlenes und in
seine Wirkung hervorragendes
Mittel bei: offenen Wunden,
alten Brüchen, Brand-
u. Frostwunden, Hautaus-
schlägen, Flecken, Wund-
stellen, Narben und rauher Haut
ist echt zu erhalten zu 5 und
10. Unter-Apotheke Gröba
Mit Weihnachtsabschluß
unterhalten

Waschmaschine

billig zu verkaufen.
Danzlin, Pariserstr. 26.
Fernprecher 292.

Sopfweiden

drei- u. vierjährig, zu kaufen
gesucht. Paul Hartmann,
Nünchritz 5. Niesa.

In einer Stunde vertilgen Sie unter
und Kleider-

Kreuz (Niesa), Wanzeln, Elbe

bei Menschen und Tieren.
"Kombolva" pat. gleich Mittel.
Wunden unheilbar. Nicht
erfolgt Geld zurück. Nur echt
zu erhalten zu 5 und 10. Unter-Apotheke Gröba

Mit Weihnachtsabschluß

Endlich erschien sie. Als sie mit den beiden Wärterinnen
den Garten betrat, wandte sie ihm ihr Gesicht gerade zu. Sie
war lächelnd, wirklich schön, und ihre traurigen Augen zeigten
gar nicht von Wahnstinken.

Endlich erschien sie. Als sie mit den beiden Wärterinnen
den Garten betrat, wandte sie ihm ihr Gesicht gerade zu. Sie
war lächelnd, wirklich schön, und ihre traurigen Augen zeigten
gar nicht von Wahnstinken.

Doch endlich blieb sie vor der Bank stehen und sah sie.
Ihre beiden Wärterinnen waren einen flüchtigen Blick auf sie
und nahmen darauf auf einer anderen, etwas entfernteren Bank
Platz. Die beiden Wärterinnen standen mit mehreren anderen um ein
Blumenbeet und bildeten ein Winkel gegen einander. Die beiden
Wärterinnen hatten infolgedessen die Gesichter von den
Gefangenen abgewandt und waren bald in ein sehr eisiges
und erfrischende Käfiglosigkeit fröhlich bleibend.

Jetzt war der Augenblick gekommen, da galt es. Ugel erhob
den Kopf und stieß auf die junge Dame, er wollte sie an die
Schulter oder den Arm treten, so daß der Pfell neben ihr zu
Boden oder auf ihren Schoß fiel.

Der Pfell sauste durch die Luft und traf auch so, wie Ugel
wünschte. Die junge Dame fuhr bei dem Stoß zusammen,
sich aber nicht, wie Ugel befürchtet hatte, einen Schrei aus.
Der Pfell war neben ihren Füßen zu Boden gefallen. Als sie
sich ein wenig gefaßt hatte, sah sie sich um und bemerkte auch
sofort das kleine Stielholz. Einem Augenblick betrachtete sie
es, augenscheinlich darüber nachgrübelnd, woher es kommen
möchte und welche Bewunderung es damit hatte. Darauf
blickte sie umher und als sie ihre Wärterinnen noch immer in
die Höhe schaute, duzte sie sich mit einem leichten Lächeln.

Sie wandte sich und deutete ihr zwischen den Händen, stieß
dann den kleinen Steinmuttertagen davon ab, wie sie sich
entzündete und begann zu lächeln, was darauf ausdrückte
500.000